

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
Thomas Strobl zur Afghanistan-Debatte: „Wir haben nunmehr ein Mandat neuer Qualität und erstmals eine konkrete Abzugsperspektive.“

13 Schüler des Neigungskurses Politik vom Eduard-Mörike-Gymnasium Neuenstadt waren diese Woche mit ihrem Fachlehrer nach Berlin gekommen, um auf Einladung Thomas Strobels den Bundestag zu besuchen und an einer Parlamentsdebatte teilzunehmen.

In der mit der größten Spannung erwarteten Plenardiskussion vom Mittwoch ging es um den aktuellen Beschluss des Bundeskabinetts, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Nato-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan fortzusetzen.



(Argumentiert sachlich und verantwortungsbewusst: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel)

Durch das neue Mandat wird sich der militärische Beitrag Deutschlands künftig noch stärker als bisher auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und den Schutz der afghanischen Bevölkerung konzentrieren. Dazu ist vorgesehen, die Mandatsobergrenzen auf 5.350 Soldaten anzuheben, wovon 350 Soldaten als flexible Reserve vorgehalten werden. Damit wird nun auch im Bundestagsmandat die Schwerpunktverlagerung des deutschen Engagements nachvollzogen, welche die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 26. Januar 2010 unmittelbar vor der Londoner Afghanistan-Konferenz angekündigt hatte (Berlin aktuell Nr. 5).

Bereits bei der Mandatseinbringung im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung angekündigt, das Mandat im Lichte der Ergebnisse der Londoner Konferenz anzupassen. Dies ist nun geschehen. Deutschland hat auf der Konferenz in dieser Woche zugesagt, als Voraussetzung für eine „Übergabe in Verantwortung“ das zivile Engagement für Afghanistan nahezu zu verdoppeln. Bis 2013 fließen jährlich 430 Millionen Euro in neue Straßen, Schulen und andere Projekte. Das deutsche Engagement für

Wiederaufbau und Entwicklung, insbesondere im Norden des Landes, wird erheblich aufgestockt. Daneben bleibt die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte ein vorrangiges Ziel. Dazu wird Deutschland die Ausbildung afghanischer Polizisten deutlich ausweiten und die Zahl der deutschen Polizeitrainer und Experten auf 200 erhöhen.



(Ist sich der Problematik des Afghanistan-Einsatzes bewusst: Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg)

Thomas Strobl dazu: „Das internationale Engagement in Afghanistan wird nur dann erfolgreich sein können, wenn auch die afghanische Regierung ihren Beitrag leistet. Aus diesem Grund war es wichtig, dass Präsident Karzai bei seinen Besuchen in Berlin und London zugesagt hat, für Fortschritte in den Bereichen gute Regierungsführung, Menschenrechte und bei Korruptionsbekämpfung zu sorgen.“

Das jetzt zu beratende Mandat des Deutschen Bundestages soll bis zum 28. Februar 2011 gelten. Die völkerrechtliche Grundlage des Mandats ist ein Sicherheitsratsbeschluss der Vereinten Nationen.

Thomas Strobl sieht die Konferenzergebnisse positiv und kommentiert: „Wir begrüßen das neue ISAF-Mandat für Afghanistan ausdrücklich. Es zeigt eine neue Qualität auf und legt den Grundstein für einen erfolgreichen Abschluss des militärischen Engagements der internationalen Gemeinschaft. In Afghanistan herrscht ein bewaffneter Konflikt, auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden. Die-

Freitag, den 12. Februar 2010

se Ansicht hat Außenminister Westerwelle heute bekräftigt. Damit findet die Realität in Afghanistan Eingang in die politische Bewertung. Das ist konsequent und stärkt die Glaubwürdigkeit der Politik bei den Soldaten im Einsatz.



(Sieht Anlass für gedämpften Optimismus, was die Abzugsperspektiven in Afghanistan angeht: Landesgruppenchef Thomas Strobl MdB)

Diese neue Qualität muss jetzt juristisch durch das Verteidigungsministerium umgesetzt werden, damit die Bundeswehr auf rechtlich sicherem Boden agieren kann. Mit dem neuen Mandat werden erstmals konkrete Meilensteine für eine Abzugsperspektive gelegt. Dieses Bekenntnis schulden wir den Soldaten im Einsatz genauso wie der Bevölkerung in Deutschland.“

Besonders über die zwei letzten Aussagen zeigten sich Thomas Strobls Gäste aus dem Wahlkreis, die eingangs erwähnten Schüler aus Neuenstadt, erfreut. Sie nahmen insgesamt den Eindruck mit nach Hause, dass das Prinzip Verantwortung auf Seiten der amtierenden Regierungskoalition kein bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern von ihr ernst genommen und in der praktischen Parlamentsarbeit konkret mit Leben erfüllt wird – gerade auch in einer so heiklen Frage wie der internationalen Sicherheitspolitik.

AUS DEM PLENUM:

Hartz IV-Reform



(Bedürfen nicht nur im Rheinland dringend der Reform: Jobcenter der ARGE)

Zur Diskussion um die Zukunft der Jobcenter und zur einheitlichen Positionierung von CDU und CSU in Bund und Ländern für eine Verfassungsänderung nahm Thomas Strobl als baden-württembergischer Landesgruppenvorsitzender wie folgt Stellung:

„Wir wollen mit einer Grundgesetzänderung die zukünftige Zusammenarbeit von Bund und Kommunen in den ARGEn und eine Ausweitung des Optionsmodells rechtlich absichern. Für parteitaktische Manöver ist die vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Frist zur Reform von Hartz IV zu knapp. Jetzt muss die SPD Wort halten und ein zügiges Verfahren ermöglichen. Die Arbeitssuchenden und die Mitarbeiter in den Verwaltungen haben ein Recht auf rasche Klarheit und Rechtssicherheit.“

Hintergrund: Im Vorfeld der Festlegung in der Union auf eine Grundgesetzänderung zur Reform der

Jobcenter hatte die SPD Zustimmung für diesen Weg signalisiert.

NEWS AUS MEINEM MITARBEITERTEAM:



(Sachverständige für Filmfragen: Meine Berliner Mitarbeiterin Brigitte Standke)

Seit meiner Berufung in den Ausschuss für Kultur und Medien im Herbst 2009 gehört es zu meinen Aufgaben, künstlerische Veranstaltungen zu besuchen – auch mit Blick auf die Förderwürdigkeit. Dabei ist mir meine Berliner Mitarbeiterin Brigitte Standke eine große Hilfe. Sie ist selbst stark an Fragen etwa der Filmkunst interessiert und gehörte vor etlichen Jahren sogar zur Jury der Berlinale. Ich konnte mich daher bei dem in dieser Woche zum 60. Mal eröffneten Kunstfestival, dessen gestriger Auftaktveranstaltung ich als Ausschussmitglied beiwohnte, fachlich mit ihr austauschen und ihre Erfahrungen hinsichtlich der Regularien der Berlinale nutzen. Dafür bin ich sehr dankbar und werde gerne auch künftig ihren Sachverstand in Filmfragen oder vergleichbaren Bereichen zu Rate ziehen.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl gratuliert Günther H. Oettinger zum neuen Amt in Brüssel:

Wahl im Europäischen Parlament ein Erfolg für Deutschland (Mitteilung vom 09.02.2010)



„Ich freue mich sehr über das klare Votum der Europaabgeordneten für die neue EU-Kommission und gratuliere Günther Oettinger ganz herzlich zu seinem neuen Amt als Energiekommissar“, erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, anlässlich der heutigen Abstimmung im Europäischen Parlament. Für die CDU Baden-Württemberg sei es „eine besondere Ehre“, ein Mitglied der Europäischen Kommission zu stellen.

„Günther Oettinger hat in der Landespolitik viele Jahre lang Erfahrungen gesammelt und als Ministerpräsident dieses Landes eine hervorragende Arbeit geleistet“, so Generalsekretär Strobl: „Für die Herausforderungen, die er bei seiner neuen Aufgabe zu bewältigen hat, ist er bestens gerüstet. Die CDU Baden-Württemberg wünscht Günther Oettinger für dieses wichtige Amt von ganzem Herzen alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.“

Glückwünsche für den neuen Landesvater:

**Thomas Strobl wünscht Stefan Mappus
alles Gute für das Ministerpräsidenten-
amt
(Mitteilung vom 10.02.2010)**



Zur Wahl von Ministerpräsident Stefan Mappus MdL erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB:

"Stefan Mappus ist mit einem hervorragenden Ergebnis zum Ministerpräsidenten gewählt worden. 83 Stimmen sind ein erstklassiger Vertrauensbeweis. Die Koalition in Baden-Württemberg steht stabil. Mit Stefan Mappus nun auch als Ministerpräsidenten an der Spitze wird die CDU ihre Arbeit für die Menschen in Baden-Württemberg kraftvoll und erfolgreich fortsetzen. Die CDU Baden-Württemberg gratuliert ihrem Landesvorsitzenden sehr herzlich und wünscht Erfolg, Tatkraft und Gottes Segen."

CDU Generalsekretär freut sich über Wahl Peter Hauks:

**Bisheriger Landesminister wird Frakti-
onschef in Stuttgart
(Mitteilung vom 10.02.2010)**



"Im Namen der CDU Baden-Württemberg und auch ganz persönlich gratuliere ich Peter Hauk sehr herz-

lich zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion", erklärte der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, heute in Stuttgart. Mit seiner langjährigen Erfahrung als Landwirtschaftsminister und stellvertretender Fraktionsvorsitzender habe Hauk alle Voraussetzungen, die große Regierungsfraktion erfolgreich zu führen: "Für seine neue Aufgabe wünsche ich Peter Hauk von Herzen alles Gute und Gottes Segen."

Mit dem "astreinen Ergebnis" für Stefan Mappus bei der Ministerpräsidentenwahl und dem klaren Ergebnis für Peter Hauk in einem absolut fairen Verfahren der CDU-Landtagsfraktion hat die CDU Baden-Württemberg den Wechsel in den Spitzenpositionen "vorbildlich" vollzogen.

SCHLUSSWORT:

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Spannung haben wir diese Woche das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Hartz IV erwartet. Im Vorfeld war viel darüber geredet worden, dass Karlsruhe eine drastische Anhebung der Regelsätze verlangen würde, was in Zeiten der staatlichen Finanznot kaum zu stemmen gewesen wäre. Glücklicherweise kam es nicht so.



Die Karlsruher Richter haben vielmehr große Umsicht bewiesen, da die bisherige Regelung bis zum Ende dieses Jahres in Kraft bleibt und damit keine Auswirkungen für den Bundeshaushalt 2010 haben wird.

Kritisiert wurde allerdings mangelnde Transparenz beim Zustandekommen der geltenden Regelsätze insbesondere für Kinder. Hier gilt es, präzisierend nachzubessern. Die Bundesarbeitsministerin ist jetzt in der Pflicht, umgehend eine Lösung zu erarbeiten, die sowohl den rechtlichen Vorgaben ge-

recht wird, als auch in Einklang steht mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Grundlagen zur Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Dabei muss sie auch beachten, dass eine umfassende Hartz-IV-Reform nicht zu einem indirekten Verschiebebahnhof der Aufteilung der Finanzlasten von Bund, Ländern und Kommunen führen darf.

Ebenfalls ist darauf zu achten, dass im Hinblick auf das Gerechtigkeitsgebot Hartz-IV-Missbrauch noch stärker als bisher geahndet und sichergestellt wird, dass nur wirklich Bedürftige staatliche Sozialleistungen beziehen. Alles andere ist unseren bereits jetzt hoch belasteten Steuerzahlern, die für alle Transferleistungen aufkommen müssen, nicht zuzumuten.



Mit diesem Hinweis grüßt Sie bis zur nächsten Ausgabe des „Berlin aktuell“

herzlichst

Th. Thomas Strobl